



////////////////////
**GESCHLECHTERGERECHT
AUS DER KRISE**

**FORDERUNGEN
DER
FRAUENLOBBY**

**FORDERUNGEN UND POSITIONEN
DER DF-SERIE
„GESCHLECHTERGERECHT AUS DER KRISE!“**

Berlin, September 2020



Das Coronavirus stellt(e) unser ganzes Leben auf den Prüfstand: unsere Ökonomien, unsere Arbeitsformen und -teilung, unsere Gesundheitssysteme, unsere sozialen Beziehungen, den Zusammenhang zwischen dem Privaten und dem Politischen. Die Krise legt auch die herrschenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern unter das Vergrößerungsglas; sie entwickelte sich mehr und mehr zu einer Krise für Frauen, die als „systemrelevante Heldinnen“ in Krankenhäusern, Supermärkten und Bildungseinrichtungen zwar kurzzeitig gesellschaftliche Anerkennung erfuhren, jedoch langfristig von den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise besonders hart getroffen sind.

Zu viele politische Maßnahmen zum Umgang mit dem Virus vernachlässigen die Lebenswirklichkeiten von Frauen und Mädchen und setzen auf längst überholt geglaubte Geschlechterrollen.

Damit unsere Gesellschaft aus dieser Krise gerechter und sensibilisierter hervorgeht, als sie hineingeraten ist, fordert der DF mit der Serie „Geschlechtergerecht aus der Krise“ tiefgreifende Veränderungen in der Finanz-, Arbeitsmarkt, Außen-, Pflege-, Gesundheits-, Familien- und Sozialpolitik, außerdem Maßnahmen bei den Themen Demokratie und Gewalt. Daneben müssen die Vorhaben für eine strukturelle, institutionalisierte Gleichstellungspolitik aus dem Koalitionsvertrag jetzt zügig umgesetzt werden.

In diesem Dokument sind zusammengefasst alle Texte zu finden, die vom DF im Zeitraum Mai bis Juli 2020 in der Serie „Geschlechtergerecht aus der Krise“ veröffentlicht wurden.

INHALT

Für eine geschlechtergerechte Krisenpolitik.....	3
Finanzen fair verteilen – Für eine gerechte Konjunktur.....	5
Systemrelevant und (un)verzichtbar – Trägerinnen und Verliererinnen eines Systems	7
Mit einer feministischen Außenpolitik und Internationaler Zusammenarbeit weltweit gegen Corona.....	10
Gewalt gegen Frauen: Das Problem wird grösser	13
Mehr Frauen für eine starke Demokratie	15
Pflege und Gesundheitsversorgung in Würde – Auch unter Corona	18
Vereinbarkeit sicherstellen und Sorgearbeit gerecht aufteilen	21

FÜR EINE GESCHLECHTERGERECHTE KRISENPOLITIK

Erschienen am 14.5.2020

Wir stellen fest:

Frauen spielen in der Corona-Krise eine entscheidende Rolle

Frauen leisten in der aktuellen Krise einen immensen Beitrag für die Gesellschaft und bekommen dafür zurzeit viel gesellschaftliche Anerkennung. Dies schlägt sich aber nicht in politischen Entscheidungen nieder. Obwohl Frauen in der Krise die Hauptlast tragen, wurden insbesondere die Bedürfnisse von Müttern und ihren Kindern zunächst komplett ignoriert. Nur wenn die gesellschaftliche Perspektive und Kompetenz von Frauen mitgedacht wird, haben wir eine am Gemeinwohl orientierte Krisenpolitik. Wir brauchen gerade jetzt nachhaltige Maßnahmen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Frauen sind in Entscheidungsgremien dramatisch unterrepräsentiert

Krisenzeit ist Männerzeit. Die Entscheidungsträger, Virologen, Chefärzte in Kliniken/Pflegeeinrichtungen, die Vielzahl der Ökonomen, die in der Krise medial dominierenden Ministerpräsidenten und Mitglieder in wissenschaftlichen Beratungsgremien – fast alles weiße ältere Männer. Im regelmäßig tagenden Corona-Kabinetts der Bundesregierung gibt es für die Bundesfrauen- und -familienministerin Dr. Franziska Giffey keinen festen Platz. An den Empfehlungen der Leopoldina zur schrittweisen Rückkehr in die gesellschaftliche Normalität arbeiteten in einem Gremium aus 26 Wissenschaftler*innen ganze zwei Frauen mit. Es wundert daher nicht, dass das Papier Perspektiven von Alleinerziehenden und Familien mit Kindern gänzlich ignoriert. Als Antwort auf das Leopoldina-Papier haben 43 Wissenschaftlerinnen eine eigene Stellungnahme formuliert, in der sie das hohe Belastungspotenzial durch die Kitaschließungen anmahnen. Diese Erkenntnisse müssen in politisches Handeln einfließen und Frauen müssen bei wichtigen Entscheidungen mit am Tisch sitzen.

Unserer Gesellschaft droht ein Rückfall in veraltete Rollenbilder

Die Stilllegung des öffentlichen Lebens und die Einschränkung von Grundrechten zieht weitere Folgen nach sich, die spezifische Auswirkungen auf Frauen haben. Wichtige gesellschaftliche Vorhaben wie die existenzsichernde Erwerbstätigkeit von Müttern und partnerschaftlich organisierte Sorgearbeit wurden von heute auf morgen zurück in die private Verantwortung katapultiert. Frauen werden wie selbstverständlich in die Rolle der sorgenden Mutter im trauten Heim zurückgedrängt. Es ist zu befürchten, dass die Krise die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in vielen Bereichen nachhaltig vergrößern wird und wir einen Rückfall in veraltete Rollenbilder erleben.

Was jetzt getan werden muss:

Auf die aktuellen Tendenzen hin zu einer Retraditionalisierung muss mit gleichstellungspolitischen Maßnahmen für MEHR Geschlechtergerechtigkeit reagiert werden. Das Ziel: Die Krise nicht nur sozial und ökologisch, sondern auch geschlechtergerecht bewältigen. Dafür ist die frauenpolitische Perspektive ab sofort bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen, auch und insbesondere dann, wenn es um die Verteilung von Finanzmitteln geht. Frauen müssen sozial abgesichert sein, wenn sie in der Krise Leistungen unentgeltlich erbringen. Im Erwerbsleben müssen sie durch eine verlässliche Kinderbetreuung mit Corona-Schutzkonzept unterstützt werden.

Die Vorhaben für eine strukturelle, institutionalisierte Gleichstellungspolitik aus dem Koalitionsvertrag müssen jetzt zügig umgesetzt werden. Dazu gehört z.B. das Bundesinstitut für Gleichstellung. Dieses hat das Potential, ein Ort für eine unabhängige Beratung und Vermittlung einer ressortübergreifend gedachten Gleichstellungspolitik zu werden. Damit gleichstellungspolitische Vorhaben besser konzipiert, umgesetzt und begleitet werden, ist die Etablierung einer unterstützenden Struktur mit guter Ausstattung notwendig. Die Beratung von politischen Entscheidungsinstanzen oder Expertengremien durch ein solches unabhängiges Institut würde die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeiten von Frauen bei politischen Entscheidungen gewährleisten.

Der politische Umgang mit der Pandemie führt uns außerdem vor Augen: Gleichstellung als gesamtgesellschaftliches Projekt gehört an den Kabinetttisch und in alle weiteren Gremien der Krisenbewältigung. Gleichstellung wird erst durch verbindliche Instrumente im Rahmen einer Gesetzesfolgenabschätzung sowie mithilfe von gut ausgestatteten Institutionen krisenfest.

Wir fordern:

- /// Bei jeder Finanzausgabe überprüfen, welche unterschiedlichen Auswirkungen sie auf das Leben von Frauen und Männer hat und ob sie zur tatsächlichen Gleichstellung beiträgt.
- /// Geschlechtergerechte Besetzung entscheidungsgebender wissenschaftlicher und politischer Gremien der Krisenbewältigung
- /// Berufung von Bundesfrauenministerin Giffey als festes Mitglied in das Corona-Kabinett
- /// Umsetzung aller gleichstellungspolitischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag: z.B. Abstimmung einer verbindlichen ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie, Gründung eines Bundesinstituts für Gleichstellung und Reform des Führungspositionengesetzes

FINANZEN FAIR VERTEILEN – FÜR EINE GERECHTE KONJUNKTUR

Erschienen am 25.5.2020

Wir stellen fest:

Die Bundesregierung will Anfang Juni ein Konjunkturpaket mit weiteren milliardenschweren Investitionen beschließen, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzumildern.

Dabei dürfen Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, fordert der Deutsche Frauenrat:

Sowohl nach der Wende 1989 als auch in der Finanzkrise 2008 konzentrierten sich Konjunkturpakete auf den Erhalt von Beschäftigung in männerdominierten Branchen. Die Beschäftigungsverhältnisse und -formen von Frauen wurden kaum berücksichtigt. Die Corona-Krise kann nur auf der Grundlage geschlechtergerechter finanzpolitischer Entscheidungen überwunden werden. Alle Maßnahmen müssen die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen.

Investitionsmaßnahmen wirken unterschiedlich auf Frauen und Männer

Frauen und Männer arbeiten in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen und Hierarchieebenen. Einige der frauendominierten Branchen, wie der Einzelhandel, das Gastgewerbe oder die Tourismusbranche, sind von der Krise besonders stark betroffen. Sie sind genauso relevant wie z.B. die Automobilindustrie und müssen gleichermaßen unterstützt werden.

Frauen arbeiten häufig in (schlechter bezahlten) Teilzeit- und Minijobs und seltener in besser bezahlten Führungsfunktionen als Männer, auch weil sie die Hauptlast der familiären Sorgearbeit tragen. Dies wird durch den immer noch eingeschränkten Regelbetrieb von Kitas und Schulen verschärft. Dadurch droht Frauen häufiger ein Jobverlust und sie haben es schwerer beim Wiedereinstieg in den Beruf. Wenn Konjunkturmaßnahmen die bestehenden Unterschiede zwischen Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht berücksichtigen, werden diese künftig noch verstärkt.

Eine geschlechtergerechte Konjunkturpolitik zahlt sich wirtschaftlich aus

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier stellte anlässlich des internationalen Frauentages 2019 fest: „Ohne die Leistung der Frauen wäre der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht Weltspitze.“ Bedauerlich ist, dass sich diese Erkenntnis nicht im Bericht „Wirtschaftspolitische Aspekte der Corona-Krise“ des wissenschaftlichen Beirates des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie niedergeschlagen hat und dessen Empfehlungen zur Krisenbewältigung ganz ohne die Erwähnung von Frauen in der Krise auskommt. Dabei belegen Studien: Je mehr Frauen einer bezahlten Arbeit nachgehen, desto besser geht es der Wirtschaft eines Landes. Und: Mit einer höheren Gesamtbeschäftigung steigt auch die Innovationskraft eines Landes. Würden in der EU alle Frauen im erwerbsfähigen Alter einer bezahlten Beschäftigung nachgehen, so stiege das Bruttoinlandsprodukt allein in Westeuropa um 2,1 Billionen Euro. Eine Konjunkturpolitik, die die bestehenden Unterschiede zwischen Frauen und Männern verfestigt oder verstärkt, ist deshalb nicht nur undemokratisch, sondern auch wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Investitionsmaßnahmen des Staates müssen dazu beitragen, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben vorankommt. Eine Konjunkturpolitik, die frauendominierte Branchen während und nach der Krise staatlich unterstützt, Beschäftigungsbedingungen in „frauentypischen“ Arbeitsverhältnissen verbessert, die Beschäftigungsfähigkeit von Frauen durch Qualifizierung sichert und mehr Frauen den Einstieg in männerdominierte Bereiche erleichtert, lohnt sich gesamtwirtschaftlich. Nicht zuletzt stärkt ein gesichertes Erwerbseinkommen die Kaufkraft und damit den gesamten

Wirtschaftskreislauf. Geschlechtergerechtigkeit ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Wirtschaftspolitik.

Was jetzt getan werden muss:

Wirtschaftspolitisches Umdenken notwendig

Gleichstellungspolitik muss zum integralen Bestandteil von Wirtschafts- und Strukturpolitik werden. Dazu gehört eine Verteilung öffentlicher Finanzmittel, die die Gleichstellung von Frauen und Männern fördert. Die Förderung der Gleichberechtigung steht in unserem Grundgesetz und Gleichstellungspolitik ist eine ökonomische Grundvoraussetzung für Nachhaltige Entwicklung, so die Vereinten Nationen. Die Verteilung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben muss systematisch unter dem Aspekt der Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit analysiert, bewertet und geplant werden. In seinem Gutachten „[Geschlechtergerechter Bundeshaushalt am Beispiel der Arbeitsmarkt- und Sportförderung](#)“ zeigt der Deutsche Frauenrat (DF), dass der Geschlechtergerechte Bundeshaushalt ein praktikables und wirksames Instrument für eine transparente und gerechte Verwendung von Bundesmitteln ist. Er beschreibt darüber hinaus erste konkrete Schritte zur Umsetzung eines Geschlechtergerechten Haushalts.

Haushaltsnahe Dienstleistung fördern

Eine zentrale Maßnahme auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Konjunktur- und Investitionspolitik ist die öffentliche Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen. Union und SPD haben bereits in ihrem Koalitionsvertrag in Aussicht gestellt, Zuschüsse für die Inanspruchnahme solcher Dienstleistungen zu gewähren. Haushaltsnahe Dienstleistungen werden zum ganz großen Teil von Frauen erbracht - 90 Prozent weder sozialversichert noch als Minijob. Eine öffentliche Förderung legal und sozial abgesichert erbrachter Dienstleistungen würde eine frauendominierte Branche stärken, Frauen sozial absichern, die Einnahmen in den Sozialversicherungen verbessern und mittelbar die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern. Somit entspricht diese Maßnahme den klassischen Kriterien einer wirksamen Konjunkturpolitik. Werden die Zuschüsse nach sozialen Kriterien ausgestaltet, können auch Haushalte mit geringen Einkommen erreicht werden, darunter viele alleinerziehende Frauen. Die Bundesregierung würde mit der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen die Bedeutung von Reproduktionsarbeit für die Sicherung von Arbeitskraft und gesellschaftlichem Wohlstand anerkennen und systemrelevante, weiblich konnotierte Tätigkeiten aufwerten. Gleichzeitig wären haushaltsnahe Dienstleistungen ein Signal gegen die sich anbahnende Retraditionalisierung in Paarbeziehungen. Diesem Rückfall in längst überwunden geglaubte Rollenbilder haben auch unlängst Bundeskanzlerin Angela Merkel und Familienministerin Franziska Giffey den Kampf angesagt.

Wir fordern:

- /// Gleichstellungspolitik als integralen Bestandteil von Wirtschafts- und Strukturpolitik begreifen
- /// Finanzmittel in der Krise geschlechtergerecht investieren und geschlechtsspezifische Auswirkungen überprüfen (Gesetzesfolgenabschätzung)
- /// Arbeitsplätze von Frauen und Männern durch Investitionsmaßnahmen gleichermaßen sichern und fördern
- /// Öffentliche Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen einführen
- /// Gleichstellungspolitische Maßstäbe als Kriterium für staatliche Zuwendungen verankern
- /// Modelle einer geschlechtergerechten Refinanzierung der Krise bereits während der Krisenbewältigung entwickeln

SYSTEMRELEVANT UND (UN)VERZICHTBAR – TRÄGERINNEN UND VERLIERERINNEN EINES SYSTEMS

Erschienen am 2.6.2020

Wir stellen fest:

Un(ter)bezahlte „Heldinnen“

Seit Wochen sind es Frauen, die unter schlechten Arbeitsbedingungen und erhöhtem Infektionsrisiko die Lasten der Corona-Krise tragen und als „Heldinnen“ im Supermarkt, in Pflegeheimen und Krankenhäusern oder als Erzieherin in der Notbetreuung und vielen anderen Bereichen gefeiert werden. Es sind vor allem Frauen (75 Prozent), die in den nun als systemrelevant und unverzichtbar geltenden Berufen arbeiten. Es sind auch vor allem Frauen (mehr als 50 Prozent), die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen und dadurch beim Bezug von Lohnersatzleistungen häufig an oder unter die Bedürftigkeitsschwelle fallen. Die neuentdeckte gesellschaftliche Wertschätzung für ihre Tätigkeiten steht dabei in eklatantem Gegensatz zum niedrigen Lohnniveau in systemrelevanten Berufen und zum Ansinnen, den Mindestlohn nicht zu erhöhen oder gar absenken zu wollen. Auch zuhause tragen Frauen die größere Last: Durch geschlossene Schulen und Betreuungseinrichtungen bzw. eingeschränkten Betrieb dieser Einrichtungen sind viele gezwungen, ihre Erwerbstätigkeit (weiter) zu reduzieren oder ganz aufzugeben, weil Berufstätigkeit, Kinderbetreuung und die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger nicht (mehr) vereinbar sind. Erste Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung zeigen, dass 27 Prozent der berufstätigen Mütter, besonders in Haushalten mit kleinen oder mittleren Einkommen, ihre oft ohnehin geringeren Erwerbsumfänge reduzieren, aber nur 16 Prozent der Väter. Viele Alleinerziehende, darunter lediglich 10 Prozent Männer, können Erwerbs- und Sorgearbeit nicht partnerschaftlich teilen und geraten dadurch in eine existenzgefährdende Lage.

Jobverluste ohne Kompensation

Jüngste Ergebnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung belegen, dass Frauen in der Corona-Krise stärker von Arbeitsplatzverlusten betroffen sind. Das liegt nicht nur an ihrer ohnehin schlechteren Stellung auf dem Arbeitsmarkt (mehr Teilzeit, weniger Führungspositionen, schlechtere Bezahlung im Vergleich zu Männern), sondern auch daran, dass einzelne Wirtschaftszweige wie Gastgewerbe, Kunst, Kultur und Unterhaltung besonders unter den Auswirkungen der Krise leiden, Kurzarbeit anmelden oder gar Entlassungen vornehmen müssen. Hier sind mehrheitlich Frauen (geringfügig) beschäftigt und viele dieser (Mini-)Jobs brechen ohne Kompensation weg: Für ausschließlich geringfügig Beschäftigte (zu zwei Dritteln Frauen) greift das Kurzarbeitergeld nicht und es besteht kein Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Damit fällt die oftmals einzige Einnahmequelle weg. Beziehen Frauen Kurzarbeitergeld, reicht es bei geringem Einkommen – insbesondere bei Verheirateten in der ungünstigen Steuerklasse V durch das Ehegattensplitting – kaum zur eigenständigen Existenzsicherung aus. Damit werden Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern verstärkt, denn die Beitragshöhe des Kurzarbeitergeldes orientiert sich am Nettoverdienst. Der Weg in Armut und/oder partnerschaftliche Abhängigkeit wird damit befördert und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Folge verstärkt.

Was jetzt getan werden muss:

Anerkennung durch faire Löhne

Corona erfordert, Frauen nicht nur in Krisenzeiten Respekt durch Beifall zu zollen, sondern ihnen auch in Zukunft die Wertschätzung entgegen zu bringen, die sie verdienen: Langfristig müssen Arbeitgeber und Politik für bessere Arbeitsbedingungen sorgen und höhere Löhne in systemtragenden Berufen zahlen, um den Wert der mehrheitlich von Frauen erbrachten Arbeitsleistung dauerhaft anzuerkennen – ob in der Pflege, im Einzelhandel oder in Bildungseinrichtungen. Kurzfristig kann eine monatliche Risikoprämie für die Dauer der Pandemie eine angemessene Anerkennung für die hohen gesundheitlichen Risiken sein, denen Arbeitnehmer*innen in diesen – nicht im Homeoffice leistbaren – Branchen ausgesetzt sind. Speziell Sorgeberufe lassen sich aufwerten, indem Tarifverträge in der Pflege für alle für allgemeinverbindlich erklärt werden, die Berufsprofile reformiert, für vollzeitschulische Ausbildungsgänge eine Ausbildungsvergütung bezahlt wird und breitflächig Aus- und Weiterbildung sowie Aufstiegsmöglichkeiten verbessert werden. Es ist längst überfällig, die Leistungen, die in Sorgeberufen erbracht werden, neu zu bewerten: Sie sind mit der Arbeit in männerdominierten Branchen hinsichtlich der Anforderungen und Belastungen oft vergleichbar und müssen deshalb auch entsprechend entlohnt werden. Eine einmalige Bonuszahlung bringt nicht den benötigten Systemwandel und entlastet die Politik und Tarifparteien nicht von langfristig wirksamen Maßnahmen.

Eigenständige Existenzsicherung sicherstellen - Frauenarmut verhindern

Insbesondere Frauen mit geringem Erwerbseinkommen brauchen jetzt starke finanzielle Unterstützungsmaßnahmen. Das gilt auch für all diejenigen, die durch Schließung von Betreuungseinrichtungen finanzielle Einbußen erleiden, weil sie unbezahlte Sorgearbeit zuhause übernehmen – dazu zählen nicht nur Eltern, sondern auch pflegende Angehörige. Da es coronabedingt zu Preissteigerungen in der Grundversorgung gekommen ist, unter anderem bei Lebensmitteln, kann die Anhebung der Leistungen der Grundsicherung eine Möglichkeit sein, den Kaufkraftverlust von Transferleistungen staatlich zu kompensieren. Damit Frauen langfristig eigenständig ihren Lebensunterhalt bestreiten können, müssen die politisch Verantwortlichen geschlechtsspezifische Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt mit geeigneten Investitionsmaßnahmen und besseren Rahmenbedingungen für eine partnerschaftliche Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit abbauen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Erwerbstätigkeit beider Eltern die beste Prävention gegen Kinderarmut ist. Frauen, die coronabedingt ihre Erwerbsarbeitszeit zugunsten familiärer Sorgearbeit reduzieren oder aufgeben, laufen Gefahr, langfristig in dieser Situation stecken zu bleiben – mit drastischen Folgen für Einkommen, Karrierechancen und Rentenansprüche. Geringfügige Beschäftigung muss in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung umgewandelt werden. Minijobs und steuerliche Fehlanreize, wie das Ehegattensplitting oder die Steuerklasse V, sind nicht krisensicher. Vielmehr machen sie Frauen bis ins hohe Alter von Ehe und Partnerschaft bzw. staatlichen Transferleistungen abhängig und gehören deshalb abgeschafft.

Wir fordern:

- /// Risikoprämie für Arbeitnehmer*innen in systemrelevanten Berufen einführen sowie langfristig in faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen investieren
- /// Sorgeberufe aufwerten, durch Zahlung von Ausbildungsvergütung und Abschaffung des Schulgeldes in den vollzeitschulischen Ausbildungsberufen, moderne Berufsbilder, eine bessere Bezahlung, sowie Verbesserung der Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten



- /// Verdienstaufallentschädigung, die für alle greift, die durch Schließung von Kitas, Schulen und Tagespflegeeinrichtungen empfindliche Lohnausfällen haben
- /// Ehegattensplittings abschaffen und Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen
- /// Leistungen der Grundsicherung zur Kompensation von Preissteigerungen anheben

MIT EINER FEMINISTISCHEN AUSSENPOLITIK UND INTERNATIONALER ZUSAMMENARBEIT WELTWEIT GEGEN CORONA

Erschienen am 9.6.2020

Wir stellen fest:

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie treffen weltweit Frauen am stärksten. Als Mitglied der G7 und G20 sowie einer der mächtigsten Staaten der EU trägt Deutschland in der Krise auch über seine Grenzen hinaus Verantwortung. Die Bedrohung der internationalen Finanzmärkte und somit der Stabilität ganzer Staaten, zieht aktuell einen Marathon internationaler Krisenstäbe nach sich. Die Rolle, die Deutschland in diesen Foren genießt, muss dazu genutzt werden, um geschlechtergerechte, nachhaltige Hilfspakete zu schnüren und das Fundament für ein inklusives internationales Miteinander zu legen. Der Schlüssel dazu liegt in einer feministischen Außenpolitik und internationalen Zusammenarbeit, die auf gleichen Rechten, gleicher Repräsentation, gleichem Zugang zu Ressourcen sowie faktenbasierten Handlungsempfehlungen aufbaut.

Diskriminierung schwächt die globale Wirtschaft

Die weltweite Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verringert das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 7,5%. Das entsprach im Jahr 2017 rund sechs Milliarden USD, wie die OECD feststellte. Erste aktuelle Zahlen zeigen, dass die Corona-Krise Frauen noch weiter aus dem Arbeitsmarkt drängt: Allein im März verloren 203.000 Frauen EU-weit ihren Arbeitsplatz, fünfmal mehr als Männer. Dazu sind aktuell weltweit 89% aller schulischen Einrichtungen nicht voll betriebsfähig. Das bedeutet, dass gerade die 111 Millionen Mädchen in den ärmsten Ländern, in denen gleiche Zugänge ohnehin noch nicht erreicht sind, der Gefahr ausgesetzt sind, auch nach der Krise nicht wieder ins Schulsystem zurückkehren zu können und nie auf dem Arbeitsmarkt anzukommen.

Frauen fehlen in internationalen Entscheidungsgremien

Auf dem Gruppenbild des letzten Treffens der G20-Finanzminister*innen und Chef*innen der Zentralbanken waren mehr pinke Schlipse zu sehen als Frauen. Kommen die Staats- und Regierungschefs des gleichen Forums zusammen, dann ist Angela Merkel aktuell die einzige Frau unter ihnen. Durch Reise- und Kontaktbeschränkungen schrumpft auch der Raum für zivilgesellschaftliche Vertreter*innen bei diesen Treffen. Frauen haben bei den Lösungen für die Krisenbewältigung kaum Mitsprache. Es ist daher kein Wunder, dass in der Erklärung der G7-Staats- und Regierungschefs im März mit keinem Wort auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Krise eingegangen wurde.

Geschlechtergerechte Investitionen notwendig

Die Pandemie droht eine globale Rezession zu erzeugen. Um dem frühzeitig entgegenzuwirken, schlug EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Ende Mai einen gestärkten EU-Haushalt vor. Er umfasst neben dem Finanzinstrument *Next Generation Europe* eine Aufstockung des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens (2021-2027) sowie Sicherheitsnetze für Arbeitnehmer*innen, Unternehmen und Staaten und summiert sich auf 1,29 Billionen EUR für außergewöhnliche Maßnahmen. Explizite geschlechtergerechte Programme: Fehlanzeige. Zwar sieht die neue EU-Gleichstellungsstrategie vor, dass „die Geschlechterperspektive in alle wichtigen Initiativen der Kommission“ einbezogen werden soll – die dafür neu benannte Gleichstellungskommissarin Dalli fehlt jedoch im EU-Krisenkabinett von Ursula von der Leyen.

Faktenbasierte Handlungsempfehlungen benötigen aufgeschlüsselte Daten

Wir könnten bereits mehr über den Verlauf einer Pandemie und ihre Auswirkungen auf das Leben von Frauen und Mädchen wissen, wenn die Studien zu den vorherigen Krisen die Geschlechterunterschiede und andere intersektionale Faktoren wie Herkunft, Behinderung, Religion oder finanzielle Situation ernst genommen hätten: So wurden z.B. nur bei 1% der Studien zu Auswirkungen der Ebola-Epidemie geschlechtsspezifische Daten erhoben. Dabei wurde unter anderem deutlich, dass in den betroffenen Gebieten die Geburtensterblichkeit um 75% anstieg, da medizinische Ressourcen vor allem in die Behandlung der Ebola-Patient*innen fließen mussten.

Was jetzt getan werden muss:

Geschlechtergerechtigkeit als Leitlinie der internationalen Zusammenarbeit

Die am 1. Juli 2020 beginnende EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands wird sich im besonderen Maße für die Überwindung der Krise und den Zusammenhalt in Europa und auf internationaler Ebene einsetzen müssen. Dabei muss Deutschland auch sicherstellen, dass die im März vorgestellte „Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025“ unverzüglich umgesetzt und nicht krisenbedingt verschoben oder gar aufgehoben wird. Das gilt auch für Gesetzgebungsverfahren zur EU-Entgelttransparenzrichtlinie in 2020 und die Ratifizierung der ILO-Konvention gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz durch die EU-Staaten und weltweit. Denn Geschlechtergerechtigkeit ist wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Krisenbekämpfung. Dazu gehört auch der neue *Gender Action Plan III*, der weltweit die reproduktive Gesundheit von Mädchen und Frauen schützen und Zugang zu Bildung unterstützen muss.

Mehr Frauen in internationale Gremien

Wer Deutschland international vertritt, muss dazu mandatiert worden sein. Auswahlprogramme für Diplom*innen sowie Besetzung von Gremien müssen dafür Quoten einsetzen. Aber auch EU-weit müssen mehr Frauen in Führungspositionen gelangen - im öffentlichen wie privaten Sektor. Dafür müssen die schon seit Jahren verhandelte EU-Führungspositionen Richtlinie endlich verabschiedet, sowie Maßnahmen ergriffen werden, die eine paritätische Vertretung von Frauen und Männern im öffentlichen Sektor inklusive der Parlamente sicherstellt. Der organisierten weiblichen Zivilgesellschaft kommt eine besonders wichtige Rolle zu. Frauenorganisationen und internationale Netzwerke wie der European Women's Lobby auf EU-Ebene, der Women20 bei den G20-Verhandlungen und der Women Mayor Group auf UN-Ebene muss ein wirksamer Zugang zu den Verhandlungen ermöglicht werden. Darüber hinaus ist die nachhaltige und ausreichende Finanzierung von Frauenorganisationen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene jetzt besonders wichtig.

Gender Budgeting für internationale Finanzinstrumente

Die von der G20 auf dem Corona-Sondergipfel im März vereinbarte Investition von fünf Billionen USD in die globale Wirtschaft, mit denen ein weltweiter Wirtschaftskollaps abgewendet werden soll, müssen geschlechtergerecht eingesetzt werden. Dazu gehören der Ausbau der Pflegeinfrastruktur, der Aufbau neuer (digitaler) Finanzdienstleistungen, um mehr Frauen zu erreichen, Kreditprogramme für Frauen und für frauengeführte Unternehmen. Alle internationalen und nationalen Maßnahmen müssen die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen. Dies muss Deutschland im Rahmen der EU-

Ratspräsidentschaft auf die Tagesordnungen der Verhandlungen der Konjunkturprogramme und des Mehrjährigen Finanzrahmens setzen. Dazu gehört auch das Thema geschlechtergerechter Haushalt (Gender Budgeting). Aber auch die Maßnahmen für den europäischen *Green Deal*, dem nachhaltigen Investitionsprogramm, das Europa als ersten Kontinent bis 2050 klimaneutral werden lassen soll, müssen dringend auf ihre Auswirkungen auf die Geschlechter geprüft und angepasst werden.

Monitoring und Forschung als Basis für nachhaltige Veränderungen

Die Frauendialoggruppen der G7/20 (W7/20) fordern seit Jahren ein verbindliches Monitoring der geschlechtsspezifischen Ziele dieser Foren. Gerade jetzt sind diese zwingend notwendig. Die W20-Germany-Studie [„Umsetzung der geschlechterpolitischen Ziele der G7 und G20 in Deutschland“](#) unterstreicht, dass beispielweise das große Ziel der G20, nämlich die Verringerung der geschlechtsspezifischen Lücke auf dem Arbeitsmarkt bis 2025 um 25% zu verringern, noch lange nicht erreicht ist. Auf europäischer Ebene muss durch das Forschungsrahmenprogramm *Horizon Europe*, das zur Krisenbekämpfung aufgestockt werden soll, Mittel für geschlechtsspezifische und intersektionale Forschung bereit gestellt werden.

Wir fordern:

- /// Eine feministische Außenpolitik und internationale Zusammenarbeit
- /// Stärkung der zivilgesellschaftlichen Konsultationsprozesse in den Foren der G7/20, UN und EU und robuste Finanzierung für Frauenorganisationen und Netzwerke
- /// Planmäßige Umsetzung der EU-Gleichstellungsstrategie und Ratifizierung der ILO-Konvention gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz
- /// Gender Budgeting und Gender Impact Assessment für die europäische und globale Gegenfinanzierung der Corona-Krise
- /// Forschung sowie Finanzierung der Erhebung geschlechtsspezifischer, intersektionaler Daten zum Verlauf der Pandemie

GEWALT GEGEN FRAUEN: DAS PROBLEM WIRD GRÖßER

Erschienen am 16.6.2020

Wir stellen fest:

Die ersten Zahlen einer [repräsentativen Umfrage](#) zum Thema häusliche Gewalt während der Coronakrise sind erschreckend. Die Studie belegt, dass bei Familien und Paaren, die in Quarantäne lebten oder finanzielle Sorgen hatten, es oft zu häuslicher Gewalt kam. 7,5% der Frauen in Quarantäne berichteten von Gewalt. Die Zahlen zeigen erneut: Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein großes gesellschaftliches Problem, das uns alle angeht.

Auch vor Corona war das Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen völlig überlastet: Es gibt viel zu wenig Frauenhausplätze, Beratungsstellen sind unterfinanziert, das Angebot für Frauen in ländlichen Gebieten, Frauen mit Behinderung oder auch Frauen mit Migrationshintergrund ist oft ungenügend. Viele Maßnahmen und Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie verschärfen diese Missstände: Frauenhäuser sind nicht zugänglich, weil sie geschlossen werden oder aufgrund der Hygienemaßnahmen noch weniger Frauen aufnehmen, Beratungsstellen sind schwer zu erreichen. Dazu kommt, dass die überwiegend weiblichen Beschäftigten im Gewaltschutzsystems nicht überall als systemrelevant eingestuft werden. Mitarbeiterinnen fallen aus, weil sie Erziehungs- und Sorgearbeit zu Hause übernehmen oder sie zur Corona-Risikogruppe gehören und zu Hause bleiben müssen. Es fehlt an kurzfristigen Lösungen für all diese Probleme. *Der Staat ist aber verantwortlich für den Schutz vor Gewalt – gerade auch in Krisenzeiten.*

Aufmerksamkeit und Sensibilisierung sind nötig

Aufmerksamkeit und Sensibilität für das Thema Gewalt in unserer Gesellschaft sind jetzt noch mehr als sonst gefragt. Dies gilt auch für das eigene Umfeld, z.B. in der Nachbarschaft oder der Familie. Achtsamkeit und beherrschtes Handeln, wenn Gewalt wahrgenommen wird, können für Betroffene eine große Hilfestellung sein.

Zu einer größeren Aufmerksamkeit und zu einer besseren Wahrnehmung tragen auch breit zur Verfügung gestellte Informationen über Hilfsangebote tragen bei. Der Deutsche Frauenrat unterstützt die von Bundesfrauenministerin Giffey gestartete Kampagne gegen häusliche Gewalt „Zuhause nicht sicher?“. Bundesweit werden in zehntausenden Supermärkten Poster aufgehängt, die über die Initiative und Hilfsangebote informieren. Alle Informationen und Möglichkeiten sich zu beteiligen sind auf www.staerker-als-gewalt.de zu finden. Doch klar ist auch: Mehr Aufmerksamkeit für Hilfsangebote alleine reicht nicht.

Zusätzliche Mittel zur Bekämpfung von Gewalt fehlen

Während alle über die wirtschaftlichen Folgen der Krise sprechen, wird Gewalt gegen Frauen und Kinder im Zusammenhang mit Corona kaum thematisiert, wie eine [Untersuchung der Malisa Stiftung ergab](#). Das spiegelt sich leider auch in politischen Entscheidungen wieder. Mit den beschlossenen Corona-Konjunkturpaketen werden viele Milliarden Euro investiert, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzumildern. Zusätzliche Finanzmittel für die Gewaltprävention und für das Hilfesystem werden nicht bereitgestellt.

Situation für geflüchtete Frauen verschärft sich

Expert*innen gehen insgesamt davon aus, dass die Zahl Gewaltbetroffener noch ansteigen wird. Dies gilt z.B. auch für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften. Weil sehr viele Bewohner*innen mit unsicherer

Perspektive und unter enormem Stress auf engem Raum zusammenleben, kam es bereits vor Corona zu Gewalt in den Unterkünften. Alle Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften bei Verdachtsfällen unter Quarantäne zu stellen, ist aus Gewaltschutzperspektive deshalb besonders problematisch.

Strukturen für digitale Beratung sind unzureichend

Beim Thema Gewalt spielt die Digitalisierung eine immer größere Rolle. Das hat auch in der Coronakrise konkrete Auswirkungen auf die Gewaltsituation, wie die OECD in ihren Analysen zu Covid19 feststellt. Digitale Tools geben demnach Gewalttätern die Möglichkeit, mehr Kontrolle auszuüben, indem sie Smartphones oder Computer kontrollieren. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung Möglichkeiten für Frauen, der Gewalt zu entkommen, indem sie z.B. digitale Beratungsangebote der Hilfsstrukturen wahrnehmen. Doch mangelt es hier bei vielen Beratungsstellen an Möglichkeiten und Mitteln schnell auf z.B. datensichere und einfache Onlineberatung umzustellen.

Was jetzt getan werden muss:

Ausbau und Stärkung des Hilfesystems

Die Politik ist gefragt, auf die massiven Folgen der Pandemie beim Thema Gewalt schnell und unbürokratisch zu reagieren. Die Bedarfe in den Hilfsstrukturen gegen Gewalt steigen und müssen besser finanziert werden. Dringend nötig sind zusätzliche Finanzmittel vom Bund, die nicht im letzten Bundeshaushalt einkalkuliert waren. Damit die Hilfsstrukturen bestmöglich arbeiten können, benötigen sie außerdem mehr Personal. Eltern, die im Hilfesystem arbeiten, sollten deshalb bundesweit als systemrelevant eingestuft werden, womit sie Anspruch auf die Notfall-Kinderbetreuung hätten.

Schutz für geflüchtete Frauen

Bei politischen Debatten und Entscheidungen rund um Corona werden die Perspektiven und die Situation Geflüchteter vernachlässigt. Aufgrund ihrer besonderen Situation sind aber gerade geflüchtete Frauen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, besonders schutzbedürftig (Artikel 12 der Istanbul Konvention), da Gewaltschutz unter diesen erschwerten Bedingungen kaum zu gewährleisten ist. Alle Maßnahmen zur Eindämmung von Corona in den Unterkünften sollten deshalb Gewaltschutzkonzepte berücksichtigen.

Digitale Beratung ausbauen

Für Frauen bedeutet die Inanspruchnahme von digitaler Beratung oft eine große Umstellung. Es fällt von Gewalt betroffenen Frauen leichter, sich anzuvertrauen und unangenehme Dinge auszusprechen, wenn sie ihrer Beraterin persönlich gegenüber sitzen. Darauf und auf die technischen Herausforderungen muss der Bund mit Investitionen in den Ausbau der digitalen Beratung reagieren.

Wir fordern:

- /// Gewaltschutz für Frauen als Teil der Pandemiepläne berücksichtigen
- /// Eine nachhaltig bessere Finanzierung des gesamten Hilfesystems
- /// Zusätzliche Finanzmittel vom Bund, um das Angebot des Hilfesystems ausweiten zu können
- /// Die Einstufung von Frauenhilfsstrukturen als systemrelevant in allen Bundesländern
- /// Umfassende Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten in Geflüchtetenunterkünften
- /// Dezentrale Unterbringung von geflüchteten Frauen in Deutschland
- /// Einen zusätzlichen Notfall-Fonds für den schnellen Ausbau von digitaler Beratung

MEHR FRAUEN FÜR EINE STARKE DEMOKRATIE

Erschienen am 23.6.2020

Wir stellen fest:

Expertenherrschaft - Frauen werden nicht gehört

In der Krise zeigt sich die fehlende Präsenz von Frauen in Parteien, Parlamenten, Führungspositionen und entscheidungsgebenden Gremien und die ungleiche Verteilung von Macht, Verantwortung und Einflussnahme zwischen den Geschlechtern: Es sind vorwiegend Männer, die aktuell erklären und entscheiden. Ob Virologen, Chefarzte in Kliniken und Pflegeeinrichtungen, Ökonomen, die in der Krise dominanten Minister in Bund und Ländern und Mitglieder in wissenschaftlichen Beratungsgremien – fast alles weiße Männer mittleren oder höheren Alters. [Untersuchungen der MaLisa Stiftung zur Corona-Berichterstattung](#) zeigen eine einseitige Expertenherrschaft: In TV-Formaten ist nur eine*r von fünf Expert*innen weiblich. In der Online- Berichterstattung werden Frauen nur zu rund 7 Prozent als Expertinnen erwähnt.

Weibliche Zivilgesellschaft wird ausgeschlossen

In einer stabilen Demokratie müssen alle politisch teilhaben können. Corona aber hat weltweit einen politischen Notstand hervorgebracht, der die politisch Verantwortlichen zu schnellem Handeln zwingt. In einer nie dagewesenen Geschwindigkeit werden drastische Entscheidungen getroffen und Gesetze beschlossen, die nicht nur das Leben und die Rechte aller Bürger*innen massiv einschränken, sondern auch unterschiedlich auf Frauen und Männer wirken. Das alles geschieht weitgehend unter Ausschluss der (weiblichen) Zivilgesellschaft. Eine Vertretung von Interessengruppen ist in der Krise damit unmöglich. Dabei ist gerade jetzt eine agile und kritische Zivilgesellschaft besonders wichtig. Interessengruppen müssen der Politik widersprechen und alternative Szenarien einbringen können. Nur wenn die Zivilgesellschaft gehört wird, kann die Politik die Krisenbewältigung gerecht und im Sinne aller gestalten.

Digitale Teilhabe von Frauen wird beschränkt

Corona sorgt für einen Digitalisierungsschub in allen Lebensbereichen. In Zeiten von Kontaktverboten ist die digitale Kommunikation die am meisten genutzte Kommunikationsform und sowohl für die Interessenvertretung durch Verbände als auch für die politische Meinungsbildung essentiell. Schädliche Stereotypen und Zuschreibungen führen jedoch zu fehlenden Kompetenzen und geringerem Zugang zu Endgeräten und digitalen Technologien für Mädchen und Frauen. Dieser sogenannte Digital Gender Gap existierte bereits vor der Corona-Krise und hält Frauen häufiger als Männer davon ab, sich digital an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Für Frauenverbände bedeutet das einen massiven Einschnitt in Abstimmungsprozesse aber auch in der Kommunikation nach außen. Ihre Themen werden weniger sichtbar und ihre demokratische Teilhabe beschränkt.

Was jetzt getan werden muss:

Frauen müssen mitgestalten

Wissenschaftliche Gremien, die in Krisenzeiten über die Zukunft des Landes beraten, müssen vielseitige Perspektiven berücksichtigen und ausgewogen mit Frauen und Männern besetzt sein. Bei den Entscheidungen, auf die sie Einfluss haben, geht es um Existenzen von Familien und Unternehmen und gravierende Eingriffe in die offene Gesellschaft und das soziale Miteinander. Wichtige Zukunftsthemen, wie die Digitale Transformation, der Klimaschutz oder die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

werden nur gelingen, wenn Frauen in entscheidenden Positionen mitgestalten und damit ihre Perspektiven einbringen können – in Parlamenten, in Führungspositionen von Unternehmen, in Expert*innengremien zur Krisenbewältigung, in der medialen Diskussion in Talk-Shows, im Netz und vielen anderen Bereichen. Gleichstellung muss in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen erreicht werden. Nur so lässt sich die Demokratie nachhaltig stärken. Die Krise muss als Chance genutzt werden, diese Probleme anzugehen, die vorher schon da waren.

Verbindliche Quoten statt leerer Worte

Ein effektives Mittel, um die Teilhabe von Frauen in entscheidungsgebenden Gremien der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu verbessern und strukturelle Diskriminierung beim Zugang in Machtpositionen zu beseitigen, sind gesetzliche Vorgaben. Für die Wahl des Bundestags fordern wir die paritätische Besetzung von Listen- und Direktmandaten, um Frauen gleichermaßen an politischer Machtausübung zu beteiligen und ihre Interessen, Sichtweisen und Erfahrungen in die Gesetzgebung einzubringen. Paritätsregelungen dürfen bei einer „Notlösung“ zur Wahlrechtsreform des Bundestages in dieser Legislaturperiode nicht fehlen. Für den Rest der Wahlperiode muss eine Kommission eingesetzt werden, die Eckpunkte für ein Paritätsgesetz mit Maßnahmen für Listen- und Direktmandate entwickelt und die Debatte in der nächsten Legislaturperiode fortsetzt.

Auch in der Wirtschaft sind gemischte Teams einen positiven Effekt auf den Unternehmenserfolg. Das belegen Studien längst. Gerade in der Krise ist die Förderung von Frauen in Führungspositionen eine effektive Maßnahme zur Stärkung der Wirtschaft. Zügig in die Tat umgesetzt werden müssen daher die geplanten Maßnahmen von Bundesfrauenministerin Dr. Franziska Giffey und Bundesjustizministerin Christine Lambrecht zur Einführung einer verbindlichen Frauenquote für Vorstände großer Unternehmen sowie zur Weiterentwicklung des Bundesgleichstellungs- und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes. Auch in Medien, Kultur, Medizin und Wissenschaft sind Quoten nötig. Denn nur so wird langfristig sichergestellt, dass Frauen im öffentlichen Diskurs angemessen gehört werden.

Digitalisierung als Demokratieinstrument begreifen

Videokonferenzen, Chatprogramme und Headsets kosten Geld. Auch das Wissen und die Fähigkeit, eingespielte analoge Prozesse in digitale umzuwandeln, sind noch nicht überall angekommen. Gerade unterfinanzierte Frauenverbände bleiben im digitalen Transformationsprozess noch weit zurück und können sich nicht ad hoc professionelle Beratung einkaufen, die große Konzerne und Verbände sich in diesen Veränderungsprozessen aktuell leisten können. Die Bundesregierung muss hier bewusst gegensteuern und auf individueller und verbandlicher Ebene fördern. So würden Frauen und Mädchen nicht aus dem Prozess der politischen Meinungsbildung ausgeschlossen und eine verbandliche Interessensvertretung gewährleistet.

Demokratie nur mit uns

Demokratie lebt von vielfältigen Perspektiven. Gerade in der Krisenbewältigung müssen sie möglichst umfangreich in politische Entscheidungsprozesse einfließen. Nur so kann Krisenpolitik den Lebensverhältnissen von Frauen und Männern gleichermaßen gerecht werden und zur Überwindung von Ungleichheiten beitragen, statt sie zu verschärfen. Das jüngst beschlossene Konjunkturpaket der Bundesregierung führt eindrücklich vor, was besser werden muss: Frauen kommen hier hauptsächlich bei familienpolitischen Leistungen vor. Und das obwohl sie natürlich auch in vielen anderen Bereichen betroffen sind und die Krise sie am härtesten trifft. Der Staat muss eine angemessene demokratische Beteiligung der weiblichen Zivilgesellschaft im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren gewährleisten. In

diesem Zuge ist das von Bundesfrauenministerin Franziska Giffey geforderte Demokratiefördergesetz ein sinnvolles Vorhaben.

Wir fordern:

- /// Die zügige Novellierung des Führungspositionen-Gesetzes
- /// Eine verbindlich 30%-Frauenquote für Aufsichtsräte, Vorstände und mindestens die beiden darunterliegenden operativen Ebenen in allen Unternehmensrechtsformen
- /// Ein Paritätsgesetz für Listen- und Direktkandidaturen
- /// Paritätische Besetzung von Aufsichts-, Beratungs- und Vergabegremien in Medien, Kultur, Medizin und Wissenschaft sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel an mindestens 40% Frauen
- /// Ein Demokratiefördergesetz, das die zivilgesellschaftliche Beteiligung sicherstellt
- /// Ausreichende Finanzmittel für die Förderung von Digitalisierungsprozessen in Frauenverbänden
- /// Investitionsmaßnahmen in geschlechtergerechte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote zum Erwerb von digitalen Kompetenzen

PFLEGE UND GESUNDHEITSVERSORGUNG IN WÜRDE – AUCH UNTER CORONA

Erschienen am 30.6.2020

Wir stellen fest:

Die Corona-Pandemie macht weltweit deutlich, wie überlebenswichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. In der Krise wird dieses System um ein Vielfaches gegenüber der „Normalität“ belastet.

Diese Belastung trifft Frauen besonders schwer: als medizinisches und Pflegepersonal, als Schwangere und Mütter, als Pflegenden, als Pflegebedürftige. Mehr als Dreiviertel des medizinischen Personals und mehr als zwei Drittel der pflegenden Angehörigen sind Frauen. In der Krise sind nicht nur ihre ohnehin physischen und psychischen Belastungen enorm gestiegen, erhöht hat sich für sie auch das Infektionsrisiko. 11 Prozent der gemeldeten Infizierten arbeiten laut Robert-Koch-Institut in Medizin und Pflege. Schutzmaterial fehlt nicht nur in der stationären, sondern auch in der ambulanten Versorgung. Der ambulante Bereich, wie z.B. Pflegedienste und Hebammen, hatten zum Teil keinen Rechtsanspruch auf Schutzkleidung und wurden bei der Bedarfsplanung in vielen Regionen zunächst übersehen. Über Wochen und Monate erfolgten Arbeitsschutzmaßnahmen vielerorts nur unterhalb der notwendigen Standards.

Auch wenn pflegende Frauen aktuell als „Heldinnen des Alltags“ gefeiert werden, fallen ihre Interessen und Bedürfnisse oft unter den (Verhandlungs-)Tisch. Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Pflegeinfrastruktur im Rahmen der Konjunkturpolitik fehlen genauso wie der Ausgleich von Lohneinbußen wegen Mehrbelastungen durch die häusliche Pflege.

Schwangerschaft und Geburt

Für Schwangere, Neugeborene und ihre Familien hat die Corona-Krise gravierende Auswirkungen: Es ist noch schwieriger, eine Hebamme zu finden, Beratungsangebote zu Schwangerschaft und Geburtsvorbereitungskurse werden zurückgefahren oder fallen ganz aus, die Sorge vor Ansteckung führt zu Verunsicherung, die Bedingungen bei Vorsorgeuntersuchungen sind erschwert, und es gibt erhebliche Einschränkungen während der Geburt. In einigen Krankenhäusern gelten Besuchsverbote auch für Geburts- und Kinderstationen. Werdende Väter oder eine andere Begleitperson sind im Kreißaal nicht zugelassen oder dürfen nur während der Endphase der Geburt anwesend sein. Diese Unsicherheit und das Gefühl des Alleingelassenseins können nachhaltige Folgen für den Geburtsverlauf und das Geburtserlebnis sowie die kommenden Wochen und Monate für Mutter, Vater und Kind haben. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) betont, dass eine selbstgewählte Begleitperson während der Geburt für eine sichere und positive Geburtserfahrung notwendig ist. Das Recht darauf darf Frauen auch während der Pandemie nicht verwehrt werden. Auch Regelungen, die Gebärende zwingen während der Geburt einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, sind nicht hinnehmbar.

Zugang zu Verhütungsmitteln

Gerade in Krisenzeiten müssen sexuelle und reproduktive Rechte gewahrt werden. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) warnt davor, dass weltweit durch die Corona-Krise 47 Millionen Frauen den Zugang zu Verhütungsmitteln verlieren. Die Folge sind schätzungsweise sieben Millionen ungewollte Schwangerschaften und damit einhergehend wachsende Armut und Hunger sowie Zwangs- und Kinderehen.

Pflegeeinrichtungen und pflegende Angehörige

Deutlich mehr Frauen als Männer werden zu Hause oder in Pflegeeinrichtungen gepflegt. Während der Corona-Pandemie wurden dort strikte Kontaktbeschränkungen angeordnet. Heimbewohner*innen mussten über Wochen auf ihren gewohnten Besuch oft ganz verzichten und litten mehr als sonst an Vereinsamung. Trotz dieser Isolation brach in zahlreichen Pflegeheimen das Virus aus und es gab überdurchschnittlich viele Todesfälle, denn effektive Hygienekonzepte fehlten weitgehend.

Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen mussten ihre Öffnungszeiten wegen der hohen Infektionsgefahr des Pflegepersonals und der Pflegebedürftigen reduzieren oder komplett schließen. Auch bei den ambulanten Pflegediensten kam es zu Versorgungslücken. Damit fiel ein wichtiges Entlastungsangebot für erwerbstätige pflegende Frauen weg, die bereits den Großteil der Sorgearbeit in ihren Familien stemmen. Viele Frauen mussten wegen der Versorgung ihrer Angehörigen ihre Erwerbstätigkeit ohne jede Entschädigungszahlung reduzieren oder gar unterbrechen. Viele begaben sich in strikte soziale Isolation, um das große Infektionsrisiko ihrer Pflegebedürftigen nicht zu erhöhen. Für Eltern, die ihre Kinder mit Behinderungen erziehen und pflegen, gab es noch weniger schulische Angebote als für Kinder ohne Behinderungen.

Eine Ursache für die Zurückhaltung bei staatlichen Unterstützungsleistungen in der Pflege ist der Vorrang der häuslichen Pflege durch Angehörige und Nachbar*innen im Sozialrecht. Der Erste und der Zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung werten dies als strukturellen Nachteil für Frauen mit Pflegeverantwortung zu Lasten ihrer Erwerbstätigkeit.

Medizinische Versorgung von Frauen mit Behinderungen

Frauen mit Behinderungen erleben vielfältige, intersektionale Diskriminierungen. Die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen zeigte bereits vor der Corona-Krise spezifische Hürden beim Zugang zu gesundheitlichen Diensten, Einrichtungen und gesundheitsrelevanten Informationen. Durch die Pandemie ist das Recht auf Assistenz bei Krankheit eingeschränkt oder gar nicht umsetzbar und das gleiche Recht auf intensivpflegerische und lebensrettende Maßnahmen gefährdet.

Was jetzt getan werden muss:

Gesundheitssystem krisenfest machen

Das Gesundheitssystem muss auf Krisen vorbereitet werden. Genügend Intensivbetten sind dafür zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung. (Pflege-)Personal muss nicht nur für den Ausnahmezustand in ausreichender Zahl bereitstehen. Die gesamte Struktur des Gesundheitswesens, Prozesse und Verantwortlichkeiten müssen neu justiert werden. Dafür ist ein Paradigmenwechsel notwendig: Das Gesundheitswesen ist staatliche Daseinsvorsorge und darf nicht länger marktwirtschaftlichen Interessen folgen, sondern muss der Gesundheit der Menschen ungeachtet ihres Geschlechts und ihrer sozialen und ethnischen Herkunft dienen.

Geburtshilfe sicherstellen

Deutschlandweit wurden seit den 90er Jahren rund 40% der Kreißsäle geschlossen. Seit Jahren sind die Arbeitsbedingungen in der stationären Geburtshilfe mangelhaft. Hier denken mehr als 40% der Hebammen über eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit nach; ein Viertel von ihnen zieht in Erwägung, den Beruf ganz aufzugeben. Aus der Krise muss folgen, dass alle Bereiche der Frauengesundheit gestärkt werden. Dazu

gehört auch, dass Schwangere, Gebärende und ihre Säuglinge jederzeit gut betreut und medizinisch versorgt werden. Die Rechte von Schwangeren müssen auch während einer Pandemie gewährleistet werden.

Sorgeberufe aufwerten

Die gesellschaftspolitische Bedeutung der sorgenden Tätigkeiten in Krankenhäusern, in Seniorenheimen und anderen Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen muss deutlich herausgestellt und ihre Attraktivität für neue Arbeitskräfte gefördert werden: durch angemessene Löhne und durch Ausbildungsvergütung statt Schulgeld, durch bessere Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Und nicht zuletzt durch gute Arbeitsbedingungen, die auch die Gesundheit der Beschäftigten schützen.

Pflegende Angehörige unterstützen

Die im Mai 2020 beschlossenen Akuthilfen des Bundes reichen bei Weitem nicht aus, da der zusätzliche Pflegeaufwand mittlerweile über viele Monate anhält. Eine Verdoppelung des Pflegeunterstützungsgeldes von 10 auf 20 Tage ist nicht ausreichend. Eine Verdienstaufschüttung, die durch die Schließung von Tagespflegeeinrichtungen Lohnausfälle haben, muss auch für Pflegende kommen. Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist wie die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – zu jeder Zeit. Dem Wunsch vieler Pflegebedürftiger zu Hause gepflegt zu werden, kann auch mit einem erweiterten öffentlichen Angebot ambulanter Pflegeleistungen entsprochen werden.

Pflegeinfrastruktur ausbauen

Geschlechtergerechte Investitionen über die Krise hinaus müssen den Ausbau von Kurzzeit- und Tagespflegeangeboten sowie weiterer unterstützender wohnortnaher Infrastruktur in Angriff nehmen. Frauen reduzieren in der Corona-Pandemie häufiger ihre Arbeitszeit als Männer. Die Stärkung der öffentlichen Pflegeinfrastruktur als mittelbarer Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege und die Professionalisierung der Pflege stehen schon lange auf der gleichstellungspolitischen Agenda. Alle Seiten würden profitieren: Gesellschaft und Wirtschaft profitieren von den erwerbstätigen Frauen, besser bezahlte Sorgeberufe steigern das Steueraufkommen und die Kaufkraft, Pflegebedürftige können mit professioneller Pflege länger zuhause leben.

Wir fordern:

- /// ein geschlechtergerechtes und diskriminierungsfreies Gesundheitswesen
- /// das Recht auf reproduktive und sexuelle Gesundheit und Selbstbestimmung – besonders für Mädchen und junge Frauen in Krisenzeiten
- /// die Aufwertung von Pflege- und Gesundheitsberufen durch erheblich bessere Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen
- /// die Einhaltung des SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards für medizinisches und Pflegepersonal
- /// den Ausbau der öffentlichen Pflegeinfrastruktur
- /// eine Verdienstaufschüttung auch für pflegende Angehörige
- /// die Repräsentanz und Mitsprache von Pflegeberufen, medizinischen Fachberufen und Hebammen in Entscheidungsgremien.

VEREINBARKEIT SICHERSTELLEN UND SORGEARBEIT GERECHT AUFTEILEN

Erschienen am 9.7.2020

Wir stellen fest:

Privatisierung der Vereinbarkeit

Zu Beginn der Corona-Pandemie waren Tagespflegeeinrichtungen, Schulen und Kitas über Wochen und Monate hinweg geschlossen. Bestehende Rechtsansprüche auf Kinderbetreuung wurden übergangen und die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung oder Pflege dadurch in einer Weise privatisiert, die viele Mütter und Frauenpolitiker*innen nicht mehr für möglich gehalten hatten.

Familien mit Kindern mussten plötzlich alles allein stemmen, oft in kleinen Wohnungen ohne Grün: Kinderbetreuung, Schulbildung, Freund*innen-Ersatz, zwei Jobs und den Haushalt. Wegen der Kontaktbeschränkungen konnten Familienangehörige und Freund*innen nicht helfen. Was zwei Eltern stark herausfordert, ist für die 1,5 Millionen Alleinerziehenden – davon rund 90 Prozent Frauen – schlicht nicht leistbar.

Mütter am Limit, Paare am Ende

Häusliche Pflege, Kinderbetreuung und Hausarbeit wurden schon vor der Corona-Pandemie überwiegend von Frauen geleistet. Dieser Gender Care Gap öffnet sich in der Krise weiter: 27 Prozent der befragten Mütter und nur 16 Prozent der Väter reduzierten wegen der zusätzlichen Kinderbetreuung ihre Arbeitszeit. Der Abstand zwischen Männern und Frauen in der Erwerbsbeteiligung und in der Folge für Karrierechancen, Einkommen sowie Rente vergrößert sich dadurch ebenfalls.

30 Prozent der Paare, die sich vor der Pandemie die Betreuung ihrer Kinder partnerschaftlich aufgeteilt hatten, geben an, dass die Frauen in der Krise mehr übernahmen. Das führt zu Frust und Konflikten, denn viele Paare wünschen sich eine gleichberechtigte Arbeitsteilung. Repräsentative Daten zeigen: Trennungen und Scheidungen folgen derzeit nicht selten, für Frauen und ihre Kinder sind sie das Armutsrisiko schlechthin.

Einige Väter gehen vorwärts

Frauen wie Männer haben laut Daten des Sozio-Oekonomischen Panels während des Lockdowns mehr Zeit mit Kinderbetreuung und Haushalt verbracht, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Männer haben bei der Sorgearbeit im Durchschnitt sogar etwas Boden gutgemacht. Das könnte in Zusammenhang mit dem hohen Frauenanteil in den systemrelevanten Berufen stehen: Dieser liegt bei 75 Prozent, sodass Partner der hier beschäftigten Mütter zu Hause die Sorgearbeit übernommen haben dürften. Hoffnung kommt auf, dass zumindest in einigen Haushalten eine dauerhafte Umverteilung stattfindet.

Homeoffice als Sorgearbeitsfalle

In den letzten Monaten haben Arbeitgeber*innen oft das Homeoffice und flexible Arbeitszeiten ermöglicht. Daten, über die Nutzung der durchs Homeoffice eingesparten Wegezeiten vor der Pandemie offenbaren ein altbekanntes Muster: Frauen investieren die gewonnene Zeit in Familienarbeit, Männer hingegen in ihren Job. Dieses Ungleichgewicht hat sich laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der Krise verschärft: Frauen wechselten häufiger zugunsten der Kinderbetreuung ins Homeoffice und arbeiteten häufiger als Männer zu unüblichen Zeiten.

Politik stellt in der Krise Weichen für die Lebensverläufe von Frauen

In der Zusammenschau zeigt sich, dass die über den Lebensverlauf verteilten Risiken für Frauen hinsichtlich ihrer eigenständigen Existenzsicherung in der Corona-Pandemie steigen. Je mehr Sorgearbeit Frauen dauerhaft übernehmen, desto weniger können Frauen erwerbstätig sein. Es drohen Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, sowie geringere eigene Rentenansprüche. Hinzu kommt das derzeit erhöhte Scheidungsrisiko. Individuelle Abhängigkeiten und Armut sind die Folgen.

Was jetzt getan werden muss:

Zeit, Infrastruktur und Geld gerecht verteilen

Frauen und Männer müssen in allen Lebenslagen Erwerbs- und Sorgearbeit verbinden können – so das Leitbild des Ersten und Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Das gilt auch in Krisenzeiten. Der Staat muss verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Gerade wenn für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung besondere Maßnahmen erforderlich sind, bleibt der Gesetzgeber in der Verantwortung für die Gelingensbedingungen der Vereinbarkeit. Deswegen müssen Politiker*innen und ihre Berater*innen insbesondere die Lebenswirklichkeit von Müttern, Kindern und Pflegenden einbeziehen und Konjunkturmaßnahmen so gestalten, dass sie auch die Beschäftigung und das Einkommen von Frauen sichern.

Angemessene Kompensation

Alle, die in der Krise Kinder oder Angehörige wegen geschlossener Einrichtungen betreuen und deshalb auf Erwerbseinkommen verzichten mussten, benötigen dafür staatliche Kompensationen. Pflegende Angehörige bekommen bislang gar keine Kompensation und Eltern nur in Ausnahmen: Das Infektionsschutzgesetz, das in der Pandemie Entschädigungsleistungen für Verdienstauffälle durch Kinderbetreuung regelt, erachtet Erwerbsarbeit und parallele Kinderbetreuung im Homeoffice als möglich – unabhängig vom Alter oder der Anzahl der Kinder. Das ist unrealistisch und widerspricht anderen Gesetzen. Das Sozialrecht geht davon aus, dass eine Erwerbsarbeit mit der Kindererziehung eines unter dreijährigen Kindes nicht vereinbar ist, wenn eine Kinderbetreuung fehlt. Zurecht gilt sie in diesem Fall als „unzumutbar“ (§10 Absatz (1) Satz 3 SGB II).

Gerechte Aufteilung der Sorgearbeit

Nach der Krise muss Sorgearbeit wieder und gerechter zwischen den Geschlechtern umverteilt werden. Der Staat kann das mit klugen Maßnahmen fördern und einer Retraditionalisierung aktiv entgegenwirken. Um Männer stärker einzubinden, fordert der Deutsche Frauenrat eine bezahlte Freistellung für Väter und Co-Mütter rund um die Geburt einzuführen. Je früher Männer Verantwortung in der Kinderbetreuung übernehmen, desto eher werden sie auf Dauer zu aktiven Vätern. Das befördert eine partnerschaftliche Arbeitsteilung und stärkt mittelbar Frauen in ihrer Erwerbstätigkeit. Eine solche Freistellung soll mindestens zwei Wochen dauern und wie das Elterngeld aus Steuermitteln finanziert werden. Beim Elterngeld selbst müssen die nicht übertragbaren Elterngeldmonate ausgeweitet werden. Für Pflegezeiten ist eine Entgeltersatzleistung, analog zum Elterngeld, ein geeigneter Anreiz für mehr Männer, in der informellen Pflege Verantwortung zu übernehmen.

Sorgende Infrastruktur ausbauen

Die Krise hat gezeigt, wie elementar öffentliche Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote für die Erwerbsarbeit von Frauen sind. Gezielte Investitionen in den Ausbau einer bedarfsgerechten Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur sowie in die öffentliche Pflegeinfrastruktur sichern die Chancen von Frauen auf

dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus setzen sie konjunkturpolitische Impulse. Der Deutsche Frauenrat begrüßt deshalb, dass der im Koalitionsvertrag zugesagte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter umgesetzt und der Ausbau mit Bundesmitteln finanziert werden soll. Nachdem sie in der Krise in Betreuungsfragen allein gelassen wurden, könnten Mütter dadurch wieder mehr Vertrauen in die gesamtgesellschaftliche Verantwortungsübernahme für die Vereinbarkeit fassen.

Ebenfalls im Koalitionsvertrag angekündigt sind öffentliche Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen, die vielen Familien Zeitressourcen verschaffen würden. Die Förderung legaler haushaltsnaher Dienstleistungen verringert prekäre sowie illegale Arbeitsverhältnisse und wertet mit besserer Entlohnung vermeintlich „weibliche“ Hausarbeit auf. Die Zuschüsse müssten auch für Menschen mit geringen Einkommen zugänglich sein, damit Partnerschaftlichkeit nicht vom Geldbeutel abhängt.

Eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik kann nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie auf eine familienorientierte Arbeitszeitpolitik trifft. Der Gesetzgeber ist deswegen aufgefordert, Betriebe und Dienststellen zur systematischen Auseinandersetzung mit „Lebensphasenorientierten Arbeitszeiten“ zu verpflichten: Beschäftigte müssen das Recht erhalten, Dauer und Verteilung ihrer vertraglichen Arbeitszeit zu verändern sowie ihren Arbeitsort frei zu wählen.

Homeoffice und mobiles Arbeiten geschlechtergerecht ausgestalten

Die guten Erfahrungen mit Homeoffice und mobilem Arbeiten können zu ihrer Akzeptanz bei Arbeitgeber*innen beitragen. Bei gesetzlichen Neuregelungen zu Homeoffice und mobilem Arbeiten sind Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch zu vermeiden. Dazu müssen Standards festgelegt werden, die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort, ausreichende Präsenz von Frauen bei Beratungen und Entscheidungen im Betrieb, Schutz vor Entgrenzung sowie gleichen Zugang zu mobilen Arbeitsmitteln sicherstellen.

Eine zweite Welle besser bewältigen

Eine zweite Corona-Infektionswelle ist vorstellbar. Sollten massive Kontaktbeschränkungen erneut notwendig sein, müssen Vereinbarkeitsfragen schnell beantwortet werden. Die Bundesregierung sollte in dem Fall einen Betreuungsgipfel einberufen und neue Leistungen wie ein Corona-Elterngeld oder andere Familien-Soforthilfen diskutieren. Die schrittweise Öffnung von Kitas und Grundschulen sollte prioritär behandelt werden, nicht zuletzt wegen der Wahrung von Kinderrechten. Während der ersten Welle haben andere Länder wie Dänemark das vorgemacht.

Schon jetzt betreuen Eltern ihre Kinder mit kleinsten Erkältungsanzeichen wieder zu Hause und müssen sie testen lassen. Der Herbst kommt erst noch. Mütter brauchen Lösungen.

Wir fordern:

- /// Koalitionsvertrag zügig umsetzen: Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter und öffentlichen Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen einführen
- /// Ausbau der öffentlichen Pflegeinfrastruktur
- /// eigenständige Existenzsicherung von Frauen über den Lebensverlauf: Vereinbarkeit verbessern, Ehegattensplitting abschaffen, Gender Pay Gap überwinden, lebensphasenorientierte Arbeitszeiten fördern

- /// Männer in Verantwortung für Sorgearbeit: Vaterschaftsfreistellung rund um die Geburt und Entgeltersatzleistung für Pflegezeiten einführen, nicht-übertragbare Elterngeldmonate ausweiten
- /// Gesetzliche, tarifliche und betriebliche (Arbeitsschutz-)Regelungen und Standards zu mobiler Erwerbsarbeit und neuen Arbeitsformen schaffen
- /// Verdienstauffallentschädigung, die für alle greift, die durch Schließungen von Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen empfindliche Lohnausfälle haben
- /// Umdenken im Falle erneuter massiver Kontaktbeschränkungen: Betreuungsgipfel einsetzen und neue Leistungen wie ein Corona-Elterngeld oder andere Soforthilfen für Familien diskutieren